



DAS
GOLGATHA
DES
WEISSRUSSISCHEN VOLKES

BERESOWSKI

DAS
GOLGATHA
DES

WEISSRUSSISCHEN VOLKES UNTER DER
FERSE DER POLNISCHEN OKKUPANTEN

(WARUM ZERTRÜMMERTE PILSUDSKI DIE HROMADA?)

PREIS 20 PFENNIG

1 9 2 8

M O P R - V E R L A G / B E R L I N

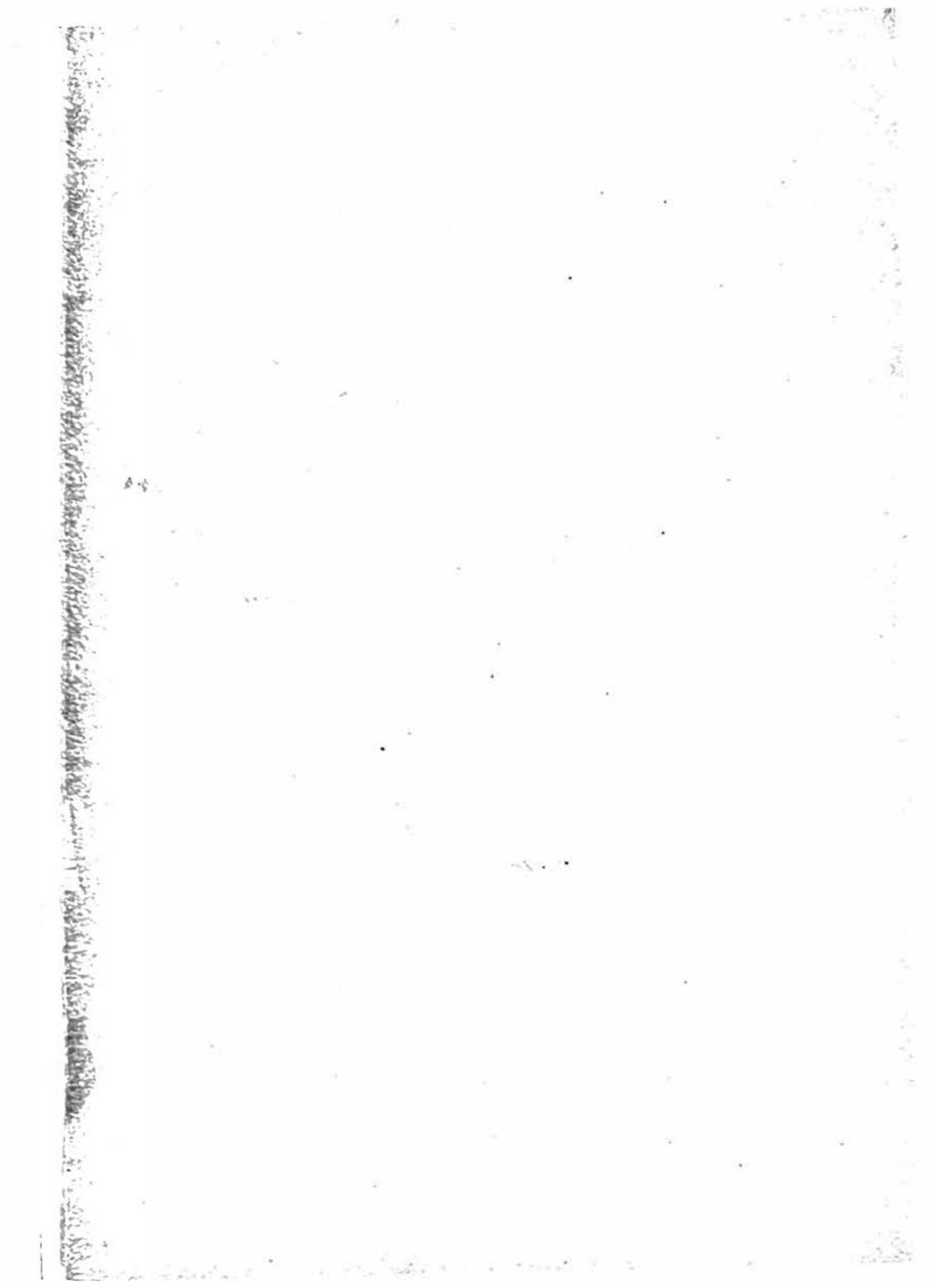
Alle Rechte vorbehalten. / Verlag:
Mopr-Verlag, Berlin NW 7,
Dorotheenstraße 77/78. / Aus-
lieferung: Schweiz: Rote Hilfe,
Zürich, Ottikerstraße 35. Oester-
reich: Rote Hilfe, Wien,
Lerchengasse 17.

Einband von Pewas.



I N H A L T :

- I. Kapitel: 209 Jahre Zuchthaus
- II. Kapitel: Unter dem Militärstiefel der polnischen Okkupanten
- III. Kapitel: Die Entstehung der Hromada
- IV. Kapitel: Die Entwicklung und Tätigkeit der Hromada
- V. Kapitel: Die Unterdrückung der Hromada



I. 209 JAHRE ZUCHTHAUS

Am 22. Mai 1928, genau drei Monate nach Eröffnung des Gerichtsverfahrens, sprach der polnische Gerichtshof das Urteil über die weißrussische Hromada aus.

Von den 56 Angeklagten sind 37 der Teilnahme „an der Verschwörung, die den Abfall der östlichen Landgebiete von Polen anstrebte“, für schuldig befunden worden. Die angeklagten Abgeordneten Taraszkewicz, Metla, Woloszin und Rak-Michajlowski sind zu je zwölf Jahren Zuchthaus verurteilt worden. Der Generalsekretär der Hromada, Burssewicz, und der Jurisconsult der Hromada, Okoneczin, sind zu je acht Jahren, acht Angeklagte zu je sechs Jahren, die andern zu drei bis fünf Jahren Zuchthaus verurteilt worden. Somit sind 37 Mann zu insgesamt 209 Jahren Zuchthaus verurteilt worden. Die faschistische Regierung Pilsudskis stellte sich mit der Durchführung des Prozesses gegen die weißrussische Hromada und ihre Leiter folgende zwei Ziele:

Indem sie Hunderte und Tausende von weißrussischen Bauern und Arbeitern, ihre Frauen und selbst minderjährige Kinder verhaftete, die Verhafteten in den Polizeirevieren Vergewaltigungen aussetzte, mittelalterlichen Foltern unterzog, monate- und jahrelang in Untersuchungshaft hielt, Zuchthausstrafen verhängte, wollte die Regierung Pilsudskis die weißrussische Bevölkerung soweit terrorisieren, daß ihr jegliche Lust an der Teilnahme oder Unterstützung der oppositionellen oder revolutionären Bewegung in den für den polnischen Imperialismus besonders gefährlichen östlichen Grenzgebieten Polens ein für allemal vergehen sollte.

Zweitens wollte die Regierung die Hromada um jeden Preis politisch zu kompromittieren suchen, der öffentlichen Meinung Polens und Europas „beweisen“, daß die Leiter der Hromada — bekannte weißrussische öffentliche Funktionäre und Sejm-Abgeordnete — eigentlich nur „Moskauer Angestellte“ sind, die von einem „fremden Staat“ ihr Gehalt beziehen, auf Grund der Direktiven seiner Agenten handeln und sich mit Spionage beschäftigen. Die faschistische Regierung Pilsudskis hoffte, daß ihr dieser teuflische Plan glücken werde, daß es ihr gelingen werde, das Gerichtsverfahren so zu inszenieren, daß die Angeklagten vor der ganzen Welt als „Spione“ und gedungene Agenten einer „fremden“ Regierung dastehen würden, um so Haß und Verachtung nicht nur der polnischen Stammbevölkerung, sondern auch der weißrussischen Volksmassen auf sie zu lenken, die bisher ihrer „Hromada“ blind gefolgt waren und in ihr ihren Leiter und Führer gesehen hatten.

Die faschistische Regierung Pilsudskis wollte mit einem Schlage die vielköpfige Hydra der national-revolutionären Bewegung des westlichen Weißrußland zerschmettern. Darum setzte sie außer den Abgeordneten des Sejm und den Leitern der Hromada auch noch die Leiter beinahe aller weißrussischen Organisationen auf die Anklagebank, die gegenüber der polnischen Regierung, die das westliche Weißrußland okkupiert hat, oppositionell eingestellt sind.

Im voraus des nötigen Urteilsspruches sicher, wollte die polnische Regierung in dem Gerichtsbeschuß eine Rechtfertigung aller ihrer Grausamkeiten und gleichzeitig eine Billigung weiterer Verfolgungen gegen das unglückselige weißrussische Volk erhalten.

Den erwähnten Zielen kam der polnische Gerichtshof sehr bereitwillig entgegen. Er fabrizierte eine Anklage wegen Verstoßes gegen die §§ 110 und 102 des polnischen (des ehemaligen zaristischen) Strafgesetzbuches, von denen der erste, d. h. der § 110, das Strafmaß für eine zugunsten eines fremden Reiches gerichtete Tätigkeit und der zweite, der § 102, Abs. II, das Strafmaß für die Vorbereitung eines bewaffneten Aufstandes, der dem Sturz der gegenwärtigen Regierung dient, festsetzt. Die faschistischen Intriganten glauben an die magische Kraft der Foltern, Anzeigen, Provokationen der offiziellen und geheimen Polizeiagenten, die beweisen sollten, daß die Hromada eine unmittelbare Verbindung mit Moskau und der Kommunistischen Internationale unterhielt, daß die Hromada Geldsummen für den Fall eines Kriegsausbruchs erhalten sollte usw. usw.

Und dennoch, ungeachtet aller Anstrengungen der treuen Diener des polnischen Faschismus — des Staatsanwalts Kalanskis und des Vorsitzenden des Gerichtshofs, Owssjanko — wurde der Trumpf der polnischen Regierung, der Hinweis auf das „Moskauer Geld“ und die „Moskauer Agenten“, zerschlagen. Selbst der willfährige polnische Gerichtshof mußte die Anklage auf Grund des § 110 wegen „Tätigkeit zugunsten eines fremden Reiches“ zurücknehmen.

Der Hauptpunkt der Anklage, der das Vorhandensein einer tatsächlichen Verbindung zwischen der Kommunistischen Partei, der weißrussischen Arbeiter- und Bauern-Hromada und der sowjetrussischen Gesandtschaft in Polen nachweisen sollte, gründete sich, wie sich herausstellte, auf Ausklügelereien, auf dem Sande provokatorischer „Phantasien“ über eine „Danziger“ Beratung, „Sowjet-Geld“ und ähnliche Märchen. Einer der Hauptangeklagten, der Direktor der Weißrussischen Genossenschaftsbank, Ostrowsky, der angeblich eine Vermittlerrolle bei der Ueberweisung des Sowjetgoldes für die „Hromada-Gurki“ spielte, wurde freigesprochen. Es gelang auch nicht, nachzuweisen, daß die weißrussische Hromada eine Verschwörung einleitete und Vorbereitungen zum Aufstand traf. Als unbegründet erwies sich die Beschuldigung, daß die Hromada Waffenlager gehabt habe, ohne welche überhaupt von einer Verschwörung und einem Aufstand nicht die Rede sein kann. Selbst diejenigen vier Angeklagten, die der Ermordung des Geheimagenten Iwankjewicz bezichtigt wurden, befinden sich unter der Zahl der Freigesprochenen. Alle Trümpfe der Staatsanwaltschaft, die mit so viel Sorgfalt in Szene gesetzt wurden, sind geschlagen worden. Es stellte sich

heraus, daß die polnische faschistische Regierung ihr elendes Spiel mit gezeichneten Spielkarten spielte. . . .

Da die Hauptaufgabe, die politische Bloßstellung der Hromada, ungelöst geblieben war, blieb nichts anderes übrig als eine wilde Abrechnung mit den Angeklagten, also: Zuchthausurteile. Die Sejm-Wahlen, die während des Hromada-Prozesses vor sich gingen, bei denen Hunderte und Tausende von Weißrussen für die Wahllisten der Hromada ihre Stimme abgaben, waren eine genügende Antwort der Mehrheit der weißrussischen Bevölkerung auf die Zuchthausurteile, auf den Versuch, sie durch den Gerichtsterror einzuschüchtern.

Aber der Wilnaer Gerichtshof, der einen politischen Bankrott erlitten und das in ihn gesetzte Vertrauen der polnischen Regierung nicht gerechtfertigt hatte, hat durch die Aussagen der Angeklagten und der Zeugen — weißrussischer Arbeiter und Bauern — den ganzen Abgrund der Rechtlosigkeit, des Elends, der Armut und der Verfolgungen, die die weißrussische Bevölkerung unter der Ferse der bestialischen Okkupanten erleidet, vor der Öffentlichkeit Europas bloßgelegt.

II. UNTER DEM MILITÄRSTIEFEL DER POLNISCHEN OKKUPANTEN

Im 17. und 18. Jahrhundert gehörten die weißrussischen Länder zum Bestand des polnischen Reiches, in dem die Magnaten und Großgrundbesitzer regierten, und die weißrussische Bauernschaft war, gleich derjenigen ganz Polens, das „Arbeitsvieh“, das in harter Arbeit die Gutsbesitzer bereichern mußte.

Im 18. Jahrhundert riß die russische Regierung Weißrußland an sich. Die russische Selbstherrschaft und die Gutsbesitzer preßten die weißrussischen Bauern bis auf den letzten Blutstropfen aus. Die Bauernschaft verelendete, das Land verarmte. Weder die zaristische Regierung noch die Gutsbesitzer waren bestrebt, den Wohlstand des Landes zu heben; die Industrie entwickelte sich langsam, die landwirtschaftliche Technik verblieb auf einer sehr tiefen Stufe; den besten Boden hatten die Großgrundbesitzer und die zaristische Bürokratie. Die Bauernschaft stöhnte unter der Landarmut. Die wirtschaftliche Unterjochung des weißrussischen Bauern war von der nationalen Unterjochung begleitet. Die zaristische Regierung legte der Entwicklung der weißrussischen Kultur Schwierigkeiten in den Weg; die weißrussische Sprache wurde verfolgt und von der zaristischen Regierungsbürokratie wie auch von den polnischen Großgrundbesitzern verspottet und zum Dialekt der Bauernschaft erklärt.

Der imperialistische Krieg verwandelte das weißrussische Gebiet in das Schlachtfeld des deutschen und des russischen Imperialismus, was eine starke Verarmung des Landes zur Folge hatte. Die Industrie wurde zerstört, die Felder wurden mit Schützengraben durchzogen, und Hunderttausende von Bauern waren gezwungen, ihre Wirtschaften zu verlassen und in das innere Rußland überzusiedeln.

Noch mehr verschlechtert wurde die Lage der Werktätigen des westlichen Weißrußland infolge der Besetzung dieses Teils von Weißrußland durch die polnische Armee in den Jahren 1919 bis 1921 und die Einfügung dieser Länder in den Bestand des Polnischen Reiches.

Die Losreißung des westlichen Weißrußland vom übrigen Weißrußland und damit die Einbuße seiner natürlichen Absatzgebiete haben sich auf die Industrie in folgenschwerer Weise ausgewirkt. Die polnischen Kapitalisten und Gutsbesitzer waren nicht um die Wiederherstellung der west-weißrussischen Industrie besorgt, da es ihr Ziel war, das westliche Weißrußland in eine Agrarkolonie zu verwandeln. Die Naturreichtümer des Landes, in erster Linie Holz, wurden von den polnischen Gutsbesitzern in räuberischer Weise ausgebeutet, anstatt für die Entwicklung der örtlichen Industrie ausgenutzt. Im Jahre 1922 verkaufte die Regierung englischen Unternehmern den weltberühmten Urwald von Bela Wesh auf 20 Jahre zu Ausbeutungszwecken. Späterhin wurden einer französischen Aktiengesellschaft ebenso mehrere tausend Hektar im Slonimer Bezirk überlassen. Derselbe Ausverkauf, auf den die Abholzung der Wälder folgt, geht in allen anderen Waldungen West-Weißrußlands vor sich. Das Holz wird zur Bearbeitung nach dem Auslande und nach Innerpolen versandt.

Diese Räuberwirtschaft führte zu einer Massenarbeitslosigkeit in den Städten. 90 Prozent der Arbeitslosen entbehren jeder Hilfe und führen ein Bettlerdasein. Das Vordringen des Kapitals mit Hilfe der polnischen Herrschaft hat auch die Lage der von der Arbeitslosigkeit nicht betroffenen Proletarier verschlimmert.

Noch mehr wurde durch die Okkupation des westlichen Weißrußland die Lage der landwirtschaftlichen Bevölkerung verschlechtert, der Hauptmasse der Bevölkerung des westlichen Weißrußland (in der Landwirtschaft sind bis 82 Prozent der gesamten Bevölkerung beschäftigt). Das Land verblieb den großgrundbesitzenden Magnaten. Laut der im Jahre 1921 vorgenommenen Registrierung verfügen in den Wojewodschaften Nowogrodek und Polesje und dem Wilnaer Bezirk, von insgesamt 356 991 Wirtschaften mit einer Gesamtfläche von 5 605 981 Hektar, die 3229 Großgüter allein über 3 021 639 Hektar Land, d. h. 0,92 Prozent der Wirtschaften besitzen 54 Prozent des Landes. Somit ist in den Händen einiger tausend polnischer Großgrundbesitzer mehr als die Hälfte des west-weißrussischen Landes konzentriert.

Neben diesen Großwirtschaften besteht eine große Dorfarmut. Nach den gleichen Angaben von 1921 machen die Wirtschaften bis zu 2 Hektar 13 bis 15 Prozent, die Wirtschaften mit 2 bis 5 Hektar 36 bis 37 Prozent aus. Die Bauern, die nur bis 2 Hektar Land besitzen, führen ein wahres Hungerdasein. In derselben Lage befinden sich diejenigen, die 2 bis 5 Hektar haben, weil der Großteil des Bodens für Feldbau ungeeignet ist. Nach denselben Angaben erstreckt sich der Feldbau über nur 29 Prozent der gesamten Bodenfläche des Landes. Von den übrigen 50 Prozent der Bauernwirtschaften von über 5 Hektar besitzen 35 Prozent bis zu 10 Hektar. Demnach fristen bis 85 Prozent

aller Bauernwirtschaften West-Weißrußlands ein elendes Dasein. Außerdem wurde das westliche Weißrußland in den Jahren 1924 und 1926 von Mißernten heimgesucht, und Zehntausende von Bauernfamilien hungerten, da ihnen die Regierung in keiner Weise half.

Um sich in den „unruhigen Grenzgebieten“ militärische Stützpunkte zu schaffen, und auch zum Zweck der polnischen Kolonisierung hat die Regierung die in West-Weißrußland parzellierten Ländereien den „Ossadnikis“, das sind ehemalige Militärs aus dem eigentlichen Polen, zugewiesen. Bis 1926 sind 13 000 solcher Elemente angesiedelt worden, wodurch die Lage der einheimischen Bauern noch mehr verschlimmert wurde. Die Beteiligung der Ansiedler mit Boden wurde in der Weise vorgenommen, daß die bestehenden Bauernwirtschaften von ihren Weidegeländen, Servituten, Wasserläufen, Wegen usw. abgeschnitten blieben.

Die weißrussische Bauernschaft genoß seit undenklichen Zeiten das Recht, ihr Vieh auf den Servitutengründen zu weiden und sich mit Brennholz aus den Servitutenwaldungen zu versorgen. Die Gesetze vom 7. Juli 1920 und 8. Juni 1925 nahmen ihr diese Rechte. Die Servitute wurden abgelöst in der Weise, daß die Gutsbesitzer drei Viertel der betreffenden Fläche erhielten, den Bauern aber unverwendbare kleine Stücke davon belassen wurden. Und auch diese kleinen Stücke fielen gewöhnlich den reicheren Bauern zu.

Bei der Praxis der polnischen Gutsbesitzer und Kapitalisten hörte der Abzug in die Stadt infolge des Zerfalls der Industrie vollständig auf; die Emigration kam zum Stillstand. Infolge der Zerstörungen der Kriegszeit verringerte sich der Bedarf an Arbeitskräften auf den Gütern, die Gelegenheitsarbeiten bei den Eisenbahnen hörten nach und nach auf usw. Außerdem verringerte sich durch die Boykottierung der weißrussischen Arbeiter durch die polnischen Behörden, Gutsbesitzer und Kapitalisten und durch die Zufuhr von Arbeitern aus Innerpolen die Zahl der weißrussischen Bauern, die bei Saisonarbeitern Verdienst finden können, auf ein Minimum. Hunderttausende von Bauern, die zur Zeit des Krieges ins Innere Rußlands geschickt worden waren, mußten nach ihrer Rückkehr in Erdhöhlen leben, hatten nur Schaufeln, um den Boden zu bestellen und gingen massenhaft an Hunger und Kälte zugrunde. Die Regierung leistete keinerlei Hilfe zum Wiederaufbau der Wirtschaften, gab keine Kredite zum Ankauf neuen Inventars und kein Bauholz für den Wiederaufbau der zerstörten Häuser. Das wenige Bauholz aber, das sie zur Verfügung stellte, bekamen zum größten Teil die Großgrundbesitzer. Im Jahre 1925 gab es in West-Weißrußland noch ungefähr 400 000 nicht wiederhergestellte Baulichkeiten.

Der Verarmungsprozeß wird durch die unerschwinglichen Steuerlasten und Geldstrafen, welche den Bauern für die Nichterfüllung allerlei behördlicher Verfügungen auferlegt werden, noch beschleunigt. Obwohl die weißrussischen Bauern ihre Kinder nicht in die polnischen Schulen schicken — wofür sie übrigens bestraft werden —, wurde für deren Unterhalt eine besondere Steuer eingeführt. Für den Unterhalt

von Pferden für die Amtsfahrten der polnischen Behörden, für die Instandhaltung und Ausbesserung der Landstraßen usw. werden den Bauern Abgaben und Lasten aufgebürdet. Den Bauern werden Steuern auferlegt, die jene der Vorkriegszeit um das Fünf- bis Siebenfache übersteigen. Es kam bei der Landbevölkerung zu massenhaften Verweigerungen der unerträglichen Steuern. Darauf antwortete die Regierung mit rücksichtslosen Gegenmaßnahmen und der Versteigerung der Habe der Bauern, angefangen beim Vieh und den Ackergeräten bis zum Hausrat. Zur Eintreibung der Steuern werden Strafexpeditionen in die Dörfer geschickt, die erbarmungslos gegen die Bauern vorgehen.

Außerdem muß die weißrussische Bauernschaft verschiedene zwangsmäßige Arbeitsleistungen auf Befehl der lokalen Behörden ausführen, vor allem bei der Anlage von Straßen und Wegen (für den Staat und für die Gutsbesitzer). Dazu gehört auch die Vorspannpflicht.

Neben dieser wirtschaftlichen Unterjochung führen die Okkupationsbehörden einen rücksichtslosen Kampf gegen alle Äußerungen der weißrussischen Kultur und gegen die weißrussische nationale Freiheitsbewegung und streben, die weißrussische Bevölkerung zu polonisieren.

Die polnischen Nationaldemokraten, die Monarchisten sowie Pilsudski und seine Anhänger sprechen offen von der Notwendigkeit der Kolonisierung West-Weißrußlands und seiner Verschmelzung mit Polen. Die polnische Regierung diktiert kategorisch, daß die weißrussischen Kinder die polnische Sprache lernen müssen; sie schloß z. B. auch die staatlichen Schulen mit weißrussischer Sprache. Von den 514 weißrussischen Schulen im Jahre 1921 verblieben im Jahre 1927 nur noch eine staatliche Schule und vier private Schulen in ganz West-Weißrußland. In den Jahren 1924/25 wurden einige tausend Erklärungen eingereicht, auf Grund deren die Regierung 412 weißrussische Schulen hätte eröffnen müssen. Es wurde aber keine einzige staatliche weißrussische Schule eingerichtet, sondern im Gegenteil der Kampf gegen die bestehenden Schulen noch verschärft.

„Des Wartens auf Eröffnung staatlicher weißrussischer Schulen müde, begann die Bauernschaft Ende 1924 und Anfang 1925 neben den polnischen Schulen private weißrussische zu gründen. Sie funktionierten halbamtlich, größtenteils aber insgeheim. Die Kinder traten aus den polnischen Schulen fast vollzählig in die privaten weißrussischen über. Als die Schulinspektoren diese Gefahr bemerkten und das Ende der polnischen Schulen auf weißrussischem Gebiet kommen sahen, begannen sie, ohne die weißrussischen Privatschulen zu legalisieren oder zu schließen, die Eltern wegen des Ausbleibens der Kinder aus den amtlichen polnischen Schulen mit Geldstrafen zu belegen... Ungeachtet dieser Strafen und Verfolgungen hielt die weißrussische Bevölkerung nicht nur an ihren Privatschulen fest, sondern eröffnete noch weitere Schulen. Daraufhin schlossen die Behörden 67 dieser Schulen. Die Lehrer, die Schulbevollmächtigten, die Eigentümer der Häuser, in denen die Schulen untergebracht waren und anderer Personen, die um Eröffnung von Schulen nachgesucht hatten, erhielten Geldstrafen.“ (Aus der Interpellation der Abgeordneten der weißrussischen Hromada vom 16. Dezember 1926.)

Ungeachtet aller Verfolgungen und Geldstrafen schickte nur ein sehr geringer Teil der Bevölkerung seine Kinder in die polnischen

Schulen, wo die weißrussischen Kinder, anstatt belehrt, verspottet, ausgelacht und wegen der Nichtbeherrschung einer ihnen fremden Sprache sowie wegen Mangel an Ehrfurcht vor den „Okkupanten“ geschlagen wurden.

„Ein Knabe von 13 Jahren, Jusik Kowalenko, wurde von einem Lehrer solange auf dem Kopfe geschlagen, bis ihm in einem Ohr das Trommelfell platzte; ein achtjähriges Mädchen, Maria Buthowjec, wurde geschlagen, bis es auf den Boden fiel, usw. usw. (Aus Interpellationen.)

Obleich in West-Weißrußland über 70 Prozent Weißrussen leben, hat die weißrussische Sprache nicht die geringsten Rechte, weder in den staatlichen, noch in den kommunalen Aemtern. Selbst Gesuche und Erklärungen seitens der weißrussischen Bauern an die lokalen Behörden werden nicht angenommen, wenn sie in der Muttersprache abgefaßt sind, ebenso sind Gespräche in weißrussischer Sprache in den Räumen der Staatsämter nicht erlaubt. Ueberall wird die Kenntnis der polnischen Sprache gefordert. Wer sie nicht kennt, gilt als Analphabet, kann weder bei Gemeinde- noch bei Parlamentswahlen kandidieren; er erhält nicht einmal Arbeit in den staatlichen Fabriken.

Besonders wütend wird die weißrussische Presse verfolgt. Die Regierung trachtet mit allen Mitteln, die weißrussische Bevölkerung jedes Schrifttums in der Muttersprache zu berauben. Eine Ausnahme wird nur für die Weißrussen gemacht, die als Regierungsagenten wirken. Im Verlaufe von zweieinhalb Jahren (1923 bis 1925) wurden von den Behörden 15 periodisch erscheinende weißrussische Zeitungen verboten, wobei von 300 Nummern dieser Zeitungen 50 konfisziert wurden. Sogar nicht beanstandeten Zeitungsnummern werden bei ihrer Verbreitung Hindernisse in den Weg gelegt. Oft werden solche Zeitungen willkürlich auf der Post zurückgehalten und zu ihrer Versendung ist die Einholung einer besonderen polizeilichen Erlaubnis notwendig. Eine weitere Verfolgungsmaßnahme besteht in der Verfolgung der Abonnenten der weißrussischen Zeitungen. Werden bei Haussuchungen Exemplare derselben vorgefunden, bedienen sich die Polizei- und Gerichtsbehörden ihrer als eines Beweises „politischer Unzuverlässigkeit“.

Auch die weißrussischen kulturellen Organisationen werden systematisch verfolgt. Weißrussische Theateraufführungen, wissenschaftliche Lektionen und sogar gewöhnliche Schulabende werden verboten, weißrussische kulturelle und öffentliche Einrichtungen werden nicht registriert usw.

Nicht genug daran, daß Weißrussen und Juden in den Staats- und Gemeindedienst nicht aufgenommen und die weißrussischen Arbeiter in den Fabriken nicht beschäftigt werden, man entfernt auch jene Weißrussen, die schon jahrelang in ihnen arbeiten. Vor der polnischen Okkupation West-Weißrußlands standen Tausende von Weißrussen im Bahndienst, doch seitdem sind fast alle entlassen und dem Elend preisgegeben worden. Aus den staatlichen Tabakfabriken sind Hunderte nichtpolnischer Arbeiter

vertrieben worden und sogar die polnischen privaten Kapitalisten und Gutsbesitzer geben weißrussischen Arbeitern keine Arbeit, sondern holen polnische Arbeitskräfte aus entlegenen Bezirken herbei.

Die religiösen Ueberzeugungen der Weißrussen werden ebenfalls verfolgt. Viele orthodoxe Kirchen sind in katholische verwandelt worden, in denen der Gottesdienst ausschließlich in polnischer Sprache geduldet wird. Geistliche, die gegen diese Verordnung verstoßen, werden gemaßregelt und sogar mit Gefängnis bestraft.

Das ganze Land ist mit einer zahlreichen polnischen Polizei überschwemmt. Alle öffentlichen Organisationen befinden sich unter der Herrschaft der Knute. Gleich beim Vordringen der Pilsudski-Truppen in West-Weißrußland wurden massenhafte Verfolgungen aller jener vorgenommen, die der Sympathie für die Sowjetherrschaft verdächtig waren, „politisch unzuverlässig“ schienen, oder sich an der nationalen Befreiungsbewegung beteiligten. Viele von ihnen wurden in die Gefängnisse geworfen, geschlagen. Besonders wüteten die polnischen Gutsbesitzer gegen die ungehorsamen Bauern, die von denselben der Räuberei angeklagt wurden, und entweder jahrelange Zuchthausstrafen erhielten oder an Ort und Stelle erschossen wurden. Die polnischen Gutsbesitzer veranstalteten ferner selbst Strafexpeditionen gegen die Bauern, die sie der Unterstützung der Sowjetmacht verdächtigten. So hat z. B. der Großgrundbesitzer Baron Bisping die mittelalterliche Gerichtsgewalt der Grundherren über die Bauern wiederhergestellt und selbsterherrlich Dutzende von Bauern erschießen lassen, hat ganze Dörfer in Brand gesteckt und Hunderte von Bauern als Bettler von der Heimat vertrieben.

Im Jahre 1921 wurden 33 weißrussische Führer in Wilna verhaftet. Die Massenverhaftungen dauerten die ganze Zeit der Parlamentswahlen des Jahres 1922 an und hunderte von Leuten wurden wegen ihrer Agitation für die Wahlliste der Arbeiter und Bauern zu langjährigen Zuchthausstrafen verurteilt. Im selben Jahre kam es auch in der Wojewodschaft Bjalostok zu Massenverhaftungen, denen der große „Prozeß der 145“ mit dem Abgeordneten Baran an der Spitze, folgte.

Als im Jahre 1924 ganz West-Weißrußland von einer Freischärlerbewegung der Bauernschaft erfaßt war, schlug die polnische Regierung diese Massenaufstände aufs grausamste nieder. Hierüber äußerte sich das Regierungsblatt „Rzecz Pospolita“ vom 2. Oktober 1925 wie folgt:

„In unseren Grenzgebieten herrscht eine gefährliche Stimmung. Wenn im Verlaufe der nächsten Jahre keine Aenderung eintritt, wird es dort zu einem allgemeinen bewaffneten Aufstand kommen. Ertränken wir ihn nicht in Blut, wird er von uns mehrere Provinzen losreißen ... Man muß schon jetzt aller Banden habhaft werden; man muß herausfinden, wo ihnen die Bevölkerung Hilfe leistet und mit diesem ganzen übermütigen Treiben schonungslos kurzen Prozeß machen. Gegen Aufstand ist kein anderes Mittel vorhanden als der Galgen. Man muß der dortigen (weißrussischen) Bevölkerung einen solchen Schrecken einjagen, daß ihr das Blut in den Adern erstarrt.“

Und diese, vom zaristischen General, dem Henker Murawjew übernommene Taktik machte sich die polnische Regierung zu eigen.

Es wurden militärische Wojewoden (Generalgouverneure) ernannt, die Strafexpeditionen aussandten, welche ganze Dörfer niederbrannten und die Bevölkerung vertrieben, viele Tausende von Einwohnern verhafteten und viele davon erschossen. Die Dörfer sahen aus wie zu Kriegszeiten. Für die Verhafteten war in den Gefängnissen und Polizeiarresten kein Platz mehr, also sperrte man sie zu Hunderten in Schuppen und Kellerräume ein, wo sie wochenlang auf nacktem Boden schlafen mußten. Oft ließ man dort tagelang halbtot Gefolterte liegen, wo sie ohne jegliche Hilfe und sogar ohne Nahrung blieben.

Allein in der Wojewodschaft Bjalostok wurden an tausend Menschen verhaftet. Diese Massenverhaftungen dauerten auch im Jahre 1926 fort.

Die Gefängnisse des westlichen Weißrußland sind stets überfüllt und die Zahl der politischen Gefangenen übersteigt sogar jene zur Zeit des Zarismus. Seit 1924 sind in den Gefängnissen West-Weißrußlands ständig über 2000 politische Gefangene und unter ihnen befinden sich Jugendliche von 17 bis 19 Jahren. Ein Teil der Verhafteten wurden in weit entfernte Gefängnisse der westlichen polnischen Gebiete überführt. Die Verhafteten warten jahrelang in der Untersuchungshaft auf das Gericht, manchmal sogar ohne auch nur verhört zu werden. Die Bedingungen für die politischen Gefangenen sind in den Gefängnissen außerordentlich schwere, die Nahrung ist ungenügend und von schlechter Qualität, die sanitären Verhältnisse sind schrecklich, und fast 75 Prozent aller Gefangenen erkranken nach ein bis zwei Jahren. Das wurde sogar von der, zum Zwecke der Untersuchung der Verhältnisse in den Gefängnissen, 1924 gebildeten Kommission des Sejm anerkannt. Die Sterblichkeit ist in den Gefängnissen außergewöhnlich groß. Die politischen Gefangenen werden gewöhnlich mit kriminellen Verbrechern zusammengesperrt. Für die geringste Verletzung der Gefängnisordnung werden die Gefangenen in dunkle, feuchte Karzer gesteckt. In den Gefängnissen wird ein System besonderer Verhöre durchgeführt und oft dienen innerhalb des Gefängnisses geführte Gespräche als Hauptanklagematerial. (Z. B. beim „Prozeß der 133“ in Bjalostok.) Die politischen Gefangenen sind gezwungen, zwecks Verbesserung ihrer Lage zu Hungerstreiks zu greifen. Solche Hungerstreiks treten fast allmonatlich auf und dauern sechs bis zehn Tage. Nicht selten enden sie mit Todesfällen. Die Hungerstreiks werden auf die rücksichtsloseste Art und Weise unterdrückt. Die in Hungerstreik getretenen, halb lebendigen Menschen werden in feuchte, dunkle Keller geworfen, manehmal halb zu Tode geschlagen und dann in Fesseln gelegt. Es kommen auch Fälle vor, daß politische Gefangene wegen Durchführung eines Hungerstreiks zu Zuchthausstrafen verurteilt werden, z. B. in Wilna, wo vier Gefangene, die einen Hungerstreik durchgeführt hatten, zu je vier Jahren Zuchthaus verurteilt wurden. Es wird nach dem zaristischen Gesetzbuch abgeurteilt, Tausende von Arbeitern und Bauern sind zu sechs bis acht Jahren Zwangsarbeit verurteilt worden. Oft werden auch Urteile mit zehn bis fünfzehn Jahren gefällt und Verurteilungen zum Tode sind nicht selten.

Besonders barbarisch ist das System der Folterungen und Prügung. In einer Interpellation der weißrussischen Parlamentsabgeordneten heißt es u. a.:

„Nachstehend in allgemeinen Zügen die Methoden der Folterung der weißrussischen Bauern. Vor allem schlägt man sie in gefesseltem Zustande, um ihnen Aussagen zu erpressen, die ihnen hierbei von der Polizei diktiert werden. Die Mißhandlungen dauern solange an, bis der Gefolterte das vorgelegte Verhörprotokoll nachspricht und dann unterzeichnet. Es kommen Fälle vor, wo man nicht mehr nur zwecks Erpressung gewünschter Aussagen foltert, sondern lediglich aus zügelloser Rachsucht und zur Befriedigung sadistischer Gelüste der Polizisten. Man schlägt auf das Gesicht, auf den Kopf, auf Schultern und Brust usw. mit den Fäusten oder mit stumpfen harten Gegenständen oder aber mit Gummiknüppeln und Ladestöcken. Die Verabreichung von Fersenhieben ist allgemein üblich. Sehr oft wird eine Mischung von Wasser und Essig durch die Nase eingeflößt, was Lungenbluten hervorruft. Nadelstiche unter die Nägel und am Leibe werden stets angewendet. Gewöhnlich schlägt man die Gefangenen bis zur Bewußtlosigkeit, dann bringt man sie wieder zu sich, oft mit Brennen, Schnee und Nadelstichen, worauf die Foltern und Quälereien von neuem beginnen. Es kommt oft vor, daß man die Opfer von Beamten anderer Polizeiamter foltern läßt oder ihnen die Augen verbindet, um die Durchführung eines Untersuchungsverfahrens infolge einer Beschwerde des Gefolterten unmöglich zu machen. Ja, es hat einen Fall gegeben, daß man in einem Kübel Lehm bereitstellte, mit dem dem Gefolterten Augen und Mund verschmiert wurden. Damit das Stöhnen der Opfer nicht gehört werde, stopft man ihnen Lumpen in den Mund.“ (Aus einem Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten der weißrussischen Hromada im polnischen Sejm vom 2. März 1926.)

Das System der Provokation ist in West-Weißrußland zu einem wesentlichen Bestandteil des Blutregimes der polnischen Regierung geworden. Die polnische Geheimpolizei sendet ihre Agenten in alle Arbeiter- und Bauernorganisationen, wo sie sich als Revolutionäre ausgeben und einzelne Äußerungen der Unzufriedenheit mit dem System der polnischen Okkupation dazu benutzen, hunderte von Arbeitern und Bauern unter Anklage wegen staatsfeindlicher Umtriebe zu bringen. Diese Polizeiprovokateure organisieren selbst gegen den Staat gerichtete Aktionen und übergeben nachher ihre Opfer in die Hände der Behörden. Gestützt auf die Aussagen solcher dunkler Elemente, die sich aus dem Abschaum der Gesellschaft zusammensetzen, werden Tausende von Menschen auf langjährige Zwangsarbeit geschickt.

Die Staatsgewalt ist in West-Weißrußland vollständig in den Händen der Polizei. Das Wohl und Wehe der Bevölkerung wird nicht vom Gesetz und von Verfassungsparagraphen, sondern vom Willen der örtlichen Satrapen bestimmt. Breite Volksschichten sind aller Bürgerrechte beraubt, alteingesessenen Einwohnern nimmt man die Staatsbürgerschaft weg, weist sie aus. Die Bittgesuche der Bevölkerung werden überhaupt nicht beachtet und die Bestechungen haben geradezu den Charakter einer Steuer angenommen. Die weißrussischen Werktätigen sind im Grunde genommen aller politischen und bürgerlichen Rechte beraubt und werden wegen jeglichen Versuches einer Auflehnung Verhaftungen und Repression ausgesetzt. Versammlungen und Meetings werden aufgelöst.

Die Gemeindeverwaltungen waren bis 1927 fast überall im Amtswege eingesetzt und wenn seitdem bereits hier und dort Wahlen stattfanden, so entzog der örtliche Satrap nach eigener Willkür den der Regierung unbequemen Kandidaten das Wahlrecht oder verweigerte die behördliche Bestätigung ihrer Wahl.

III. DIE ENTSTEHUNG DER HROMADA

Als Pilsudski noch im Jahre 1919 beim Beginn der Okkupation West-Weißrußland große Versprechungen machte, beabsichtigte er damit, die Sympathien eines Teils der weißrussischen Bevölkerung für sich zu gewinnen. Doch die weißrussische Bauernschaft erkannte bald, daß nach der Armee Pilsudskis die Großgrundbesitzer kommen werden, von denen die Bauern lange Jahre unterdrückt worden waren. Nur in gewissen weißrussischen intellektuellen Kreisen schenkte man den Versprechungen Pilsudskis Glauben und in diesen Kreisen entstand eine polenfreundliche Strömung, die die Unabhängigkeit Weißrußlands und die Förderung der weißrussischen Kultur unter dem Schutze Pilsudskis und seiner Agenten zu verwirklichen hoffte.

Unter dem Einfluß der Kolonisierungspolitik der polnischen Regierung im westlichen Weißrußland beginnen diese Kreise sich davon zu überzeugen, daß die bourgeoise polnische Regierung nicht nur nicht an die geringste Befriedigung der nationalen Forderungen der weißrussischen Volksmassen denkt, sondern bewußt die Politik des militärischen und wirtschaftlichen Druckes durchführt. Sie hoffen zwar noch, beim Völkerbund Unterstützung und Hilfe zu finden, und geben sich der Hoffnung hin, auf dem Wege der Annäherung an die linken polnischen demokratisch-bürgerlichen und kleinbürgerlichen Parteien den politischen Kurs der polnischen Regierung gegenüber West-Weißrußland ändern zu können. Auch hoffen sie auf die Vertretung der nationalen Minderheiten im polnischen Sejm. Die Idee, die diese intellektuelle Oberschicht vereinigt, ist die Idee einer weißrussischen nationalen Einheitsfront.

In diese Situation fielen die Wahlen des Jahres 1922. Die Führer der Bewegung für die Wiedergeburt Weißrußlands stellten eine nationale Einheitsfront her, an der die verschiedenartigsten Elemente mit den verschiedensten politischen Ueberzeugungen teilnahmen. Sie alle vereinigte die Idee der nationalen Einheit. Der nationale weißrussische Block trat mit einer gemeinsamen Wahlliste mit andern nationalen Minderheiten Polens auf. Diese Wahlliste errang in West-Weißrußland einen großen Sieg, während die polenfreundlichen Gruppen eine völlige Niederlage erlitten. Das kommunistische Wahlkomitee konnte infolge des starken Terrors seitens der Behörden keine breite Tätigkeit entfalten.

Um diese Zeit gründeten die Massen ihre Hoffnungen schon nicht mehr auf das Bündnis mit den polnischen „links“-bürgerlichen und

kleinbürgerlichen Parteien und nicht mehr auf den Völkerbund, sondern auf die Organisierung ihrer eigenen Kräfte. Da die Arbeiterbewegung jedoch noch äußerst schwach entwickelt, da die Zahl der Arbeiter gering war, und da die Bauernschaft noch ganz und gar unorganisiert war, — kam es, daß die Intelligenz damals die dominierende Rolle in der weißrussischen nationalen Bewegung spielte. Die weißrussische Intelligenz übertrug die Idee der nationalen Einheitsfront, die in Tat und Wahrheit dem Kampfe für die nationale Befreiung hinderlich war, in die Bewegung für die nationale Wiedergeburt West-Weißrußlands. Diese Idee hat in dieser Zeit in den Volksmassen, die eben zum Kampfe erweckt worden waren, gewissen Erfolg.

Der Klub der weißrussischen Parlamentsmitglieder, der nach den Wahlen gegründet wurde, widerspiegelte genau den Stand der nationalen Bewegung jener Zeit. Es gehörten diesem Klub Leute mit den verschiedensten politischen Ansichten an. Neben Sozialisten umfaßte er sowohl gemäßigte Demokraten als auch Klerikale, ja sogar Leute mit offenkundig reaktionärer Einstellung. Dieser Klub hatte zuerst keine klare politische Linie. Die weißrussischen Abgeordneten stimmten bei der Präsidentenwahl für den Kandidaten der polnischen linksbürgerlichen und kleinbürgerlichen Parteien, für Narutowicz. Sie unterstützten ferner das Kabinett des linken Zentrums, das Kabinett des Generals Sikorski. Doch bald stellte es sich heraus, daß sich die Politik von Sikorski hinsichtlich West-Weißrußland in keiner Weise von Politik der reaktionärsten polnischen Chauvinisten unterschied, und der Block des weißrussischen Klubs mit den polnischen linksbürgerlichen Parteien zerfiel. Die ständig größer werdende nationale und politische Unterjochung durch die polnische Regierung und der wachsende Kampf der weißrussischen werktätigen Massen gegen die letztere drängten den weißrussischen Klub auf den Weg der parlamentarischen Opposition gegen die Regierung. Unter dem Einfluß des zunehmenden Kampfes der Massen und der Erhöhung ihres Klassenbewußtseins entstehen in den Reihen der weißrussischen nationalen Freiheitsbewegung neue Ideen, kommt es zu verschiedenen Umgruppierungen im weißrussischen Parlamentsklub. In diesem Klub kristallisiert sich eine sozialistische Fraktion von vier Mitgliedern heraus, die feststellt, daß alle bisherigen Anstrengungen zu nichts geführt haben, und daß die weißrussische nationale Bewegung neue Wege suchen müsse.

Wenn die Praxis der weißrussischen Bewegung bewies, daß es unmöglich ist, das weißrussische nationale Problem im Rahmen des polnischen bourgeoisen Staates zu lösen und die bittere Erfahrung die weißrussischen Volksmassen lehrte, daß die nationale Unterdrückung ein unzertrennlicher Bestandteil der Herrschaft der Bourgeoisie ist, so zeigten ihnen dagegen die Errungenschaften der Weißrussischen Sozialistischen Sowjetrepublik die Möglichkeit des Aufhörens der Ausbeutung und Verarmung der Werktätigen, der völligen Lösung des weißrussischen nationalen Problems und der Befreiung der Volksmassen aus dem nationalen Joch unter der Staatsmacht der Arbeiter und Bauern. Die großen Erfolge auf dem Gebiete des sozialistischen Aufbaus, die Verbesserung der Lage der Werktätigen, die

staatliche Wiedergeburt Weißrußlands, die Entwicklung der weißrussischen nationalen Kultur, die Einführung der weißrussischen Sprache in den staatlichen Instituten — all das zeigte den Werktätigen West-Weißrußlands, daß der Weg zur nationalen und sozialen Befreiung über das Bündnis der Bauern und Arbeiter in Gestalt einer Arbeiter- und Bauernregierung führt.

Auf diesen Weg trat außer der sozialistischen Fraktion des Parlamentsklubs auch die gesamte nationale Freiheitsbewegung. Ein Teil der weißrussischen Parlamentsklubs, mit den Abgeordneten Stankewicz, Jeremicz und Rogula an der Spitze, verblieb bei den alten Illusionen. Sie schlugen der weißrussischen nationalen Bewegung vor, sich auf den engen Kreis des ausschließlich nationalen Kampfes zu beschränken und sich dabei einzig und allein auf die Bauernschaft zu stützen.

Diese Differenzen zwischen den zwei Richtungen innerhalb des weißrussischen Parlamentsklubs vergrößerten sich immer mehr und führten schließlich zur Spaltung und zur Bildung der weißrussischen Bauern- und Arbeiter-Hromada.

Diese Spaltung war der Ausdruck des Differenzierungsprozesses innerhalb der weißrussischen nationalen Bewegung. Der von Jeremicz und Stankewicz gegründete Deputiertenklub vertrat die Interessen einer kleinen Schicht reicher weißrussischer Bauern und der Spitzen der weißrussischen Intelligenz, sagte sich im Grunde genommen vom nationalen Befreiungskampf los und betrat den Weg der Kompromisse mit den Okkupanten. Die weißrussische Bauern- und Arbeiter-Hromada dagegen verkörperte die Bestrebungen der breitesten werktätigen Massen.

Somit zeigte die Gründung der Hromada an, daß die werktätigen Massen die Notwendigkeit eines Bündnisses mit den Werktätigen Polens anerkannt hatten, und daß sie ferner zur Einsicht kamen, daß ihre nationale Befreiung ohne soziale Befreiung unmöglich ist.

IV. DIE ENTWICKLUNG UND DIE TÄTIGKEIT DER HROMADA

Die Hromada gestaltete sich zu einer mächtigen Bewegung aus und zog alle Elemente an sich, die den Weg des Kampfes gegen die schwere nationale und soziale Unterdrückung durch die Okkupationsbehörden suchten.

„Indem die Weißrussische Bauern- und Arbeiter-Hromada den Kampf für das Selbstbestimmungsrecht der Völker, für die Bauern- und Arbeiterregierung führt, kämpft sie zu gleicher Zeit unermüdlich für die Befriedigung der brennendsten Bedürfnisse der Bauern und Arbeiter: die entschädigungslose Uebergabe von Land an die Bauern, die Verminderung der unerträglichen Steuerlasten, die Verteidigung der Arbeiterschutzgesetze, die nationale Schule, politische Rechte usw.“ (Aus der politischen Plattform der Weißrussischen Bauern- und Arbeiter-Hromada.)

Die erste Periode der Tätigkeit der Hromada war die Periode der Popularisierung der politischen Hauptlosungen, die Aufzeigung der wirklichen Lage der Dinge in jenem Kampfe, den sie führte, und die Entlarvung der reaktionären Ideologie des „Landbundes“.

Die Tätigkeit der Hromada war auf die Stärkung des Bündnisses der Arbeiter und Bauern gerichtet. Sie führte eine breite Kampagne durch, sowohl in den Städten Weißrußlands, wie Bjalostok, Grodno, Brest und Wilna, als auch in den Dörfern, und begann, ihre Organisation über das ganze westliche Weißrußland auszubreiten. Ihre Parlamentsmitglieder standen überall in den ersten Reihen, sei es im Kampfe der Bauern für die nationale Schule, für Land und gegen administrative Willkür, sei es im Kampfe der Arbeiter gegen die Ausbeutung — mit einem Wort: überall, wo die Werktätigen gegen das politische und nationale Joch kämpften. Die Abgeordneten der Hromada zeigten von der Tribüne des Sejms herab den Werktätigen die wirkliche Lage auf und die Aufgaben, die diese mit sich bringt. Anlässlich der Debatten im Sejm über die Agrarreform beteiligte sich die Hromada an der Einheitsfront der radikalen Arbeiter- und Bauernvertreter. Durch dieses Auftreten verwirklichte die Hromada das Bündnis der Werktätigen Weißrußlands mit den Werktätigen Polens, und sie erwirbt sich durch ihre Tätigkeit in dieser Zeitperiode die Sympathien der Volksmassen West-Weißrußlands.

Der Staatsstreich Pilsudskis im Mai 1926, der unter der Losung der „moralischen Sanierung“ und des Kampfes gegen den Faschismus in Szene gesetzt wurde, rief in den Reihen der Werktätigen Polens Illusionen hervor, und zwar hinsichtlich der Möglichkeit, durch Unterstützung Pilsudskis der Politik der Unterjochung und Ausbeutung ein Ende setzen zu können. Die Hromada enthüllte das wahre Wesen der neuen Regierung Pilsudskis und bewies an Hand von Tatsachen, daß diese Regierung nur den Willen der Großgrundbesitzer und Kapitalisten ausführte und daß sich die ganze Reaktion mitsamt den Faschisten um diese Regierung vereinigte.

Auf Grund der wachsenden Aktivität der Massen entfaltete die Hromada zwei breite politische Kampagnen: die Kampagne für die Freilassung der politischen Gefangenen und die Kampagne für die Einführung der Muttersprache in den weißrussischen Schulen.

In der Kampagne für die Freilassung der politischen Gefangenen kam auch der Protest gegen das ganze Regime der politischen Unterdrückung zum Ausdruck. Auf Hunderten und Tausenden von Versammlungen wurde die Forderung der Befreiung der politischen Gefangenen aufgestellt, und die Hromada sammelte mehr als hunderttausend Unterschriften.

Die zweite Kampagne der Hromada bezweckte die Einführung der weißrussischen Sprache in den Schulen West-Weißrußlands. Die Regierung Pilsudskis verfolgte und schloß die weißrussischen Schulen wie früher und mit unveränderter Hartnäckigkeit. Daher fand die von der Hromada organisierte Kampagne für die Sammlung von Deklarationen zugunsten der weißrussischen Schule den Beifall der ganzen Bevölke-

rung des westlichen Weißrußland. Es wurden gegen 25 000 Deklarationen gesammelt.

Neben diesen großen politischen Kampagnen kämpfte die Hromada gleichzeitig auch für die Befriedigung der übrigen brennenden Bedürfnisse der weißrussischen werktätigen Massen, gegen die wirtschaftliche Unterdrückung durch die Großgrundbesitzer und gegen die administrative Willkür und den maßlosen Steuerdruck.

Die Tätigkeit der Hromada bewirkte, daß das Dorf den Weg der Selbständigkeit auch auf kulturellem Gebiete beschritt. Unter ihrem Einfluß wurde der „Weißrussische Schulverein“ gegründet, der eine gewaltige kulturelle Arbeit entfaltete und einige tausend Mitglieder zählte, Hunderte von Lesehallen, kulturelle Zirkel, Lehrerkurse, Wanderbibliotheken usw. schuf. Sie gab auch einen Antrieb der Entwicklung der weißrussischen Genossenschaftsbewegung.

Als die Hromada ihre organisatorische Tätigkeit zu entfalten begann, zählte sie insgesamt 19 Zirkel mit 569 Mitgliedern. Im Monat Juli 1926 waren es 122 Zirkel mit 3114 Mitgliedern, im August 561 Zirkel mit 12 529 Mitgliedern, im September 1062 Zirkel mit 30 828 Mitgliedern, im Oktober 1374 Zirkel mit 43 570 Mitgliedern, und am 15. Januar 1927 zählte sie bereits mehr als 2000 Zirkel mit rund 100 000 Mitgliedern. Somit hatte es also die Hromada im Verlauf der sechs Monate ihrer organisatorischen Arbeit auf 100 000 Mitglieder gebracht. Die Hromada wurde die größte Bauernorganisation nicht nur in Polen, sondern auch in der ganzen Welt. Dies bestätigt am besten die Richtigkeit der politischen Plattform der Hromada, deren Kampfweg zugleich auch der Weg der breiten werktätigen Massen Weißrußlands war.

V. DIE UNTERDRÜCKUNG DER HROMADA

Das rasche Wachstum der Hromada, ihre gewaltigen Erfolge und die aktive Leitung des Kampfes der werktätigen Massen West-Weißrußlands erzeugte unter den polnischen Gutsbesitzern eine Panikstimmung.

Die Presse der Großgrundbesitzer begann deshalb zuerst mit der wütenden Pressehetze gegen die Hromada loszuziehen. Am 30. November 1926 berichtete die Zeitung „Slowo“, daß „Graf Emerich Czonski dem Justizminister Mejsztowicz und dem Innenminister im Namen des „Polnischen Gemeinnützigen Komitees“ (eine Organisation der reichsten Großgrundbesitzer) ein Memorandum über die revolutionäre Tätigkeit der Weißrussen und der sogenannten „Gurtek“ — die Ortsgruppen der Hromada — eingereicht hat“.

Um die öffentliche Meinung für die Unterdrückung der Hromada günstig zu stimmen, um einen Teil der werktätigen Bevölkerung Polens

gegen die Hromada aufzustacheln und um deren Zerstörung in den Augen Europas überhaupt zu rechtfertigen, werden schließlich auch Provokationen zur Anwendung gebracht. Die Verleumdungskampagne machte nicht halt vor niederträchtigen Erfindungen von Morden und Brandstiftungen, die angeblich von Mitgliedern der Hromada ausgeführt worden waren. Bald ertönte ein für die faschistische Reaktion üblicher Refrain: „Die ganze Hromada ist von Moskauer Agenten geschaffen worden, und ihre Grundlagen haben Moskauer Gelder gelegt.“

Natürlich war die gesamte Presse nicht imstande, auch nur einen Beweis für ihre Behauptungen zu erbringen. Der tatsächliche Sinn des Geschreis über die „Moskauer Agenten“ besteht darin, daß die Lösung des weißrussischen nationalen Problems in der Weißrussischen Sozialistischen Sowjetrepublik und die Besserung der Lage der Werktätigen in der Sowjetunion auf den Kampf der Werktätigen West-Weißrusslands natürlich nicht ohne Einfluß bleiben konnte. Um diesen Einfluß in verzerrter Weise darzustellen, schrien die polnischen Großgrundbesitzer und ihre Presse über „Moskauer Agenten“ und „Moskauer Gelder“.

Jene geringen weißrussischen Organisationen, die mit der polnischen Regierung ein Kompromiß geschlossen hatten, hielten es für nötig, in den Verleumdungsschör einzustimmen, dessen Zweck es war, die Unterdrückung der Hromada durch die Regierung vorzubereiten. Sie machten dies auf verschiedene Art und Weise, wobei sie oft auch Mitglieder der Hromada oder Leute, die mit ihr sympathisierten, denunzierten. Dies war z. B. mit Luczkewicz der Fall, einer öffentlich tätigen Persönlichkeit, die der Hromada sympathisch gegenüberstand.

Nach der Vorbereitung der Unterdrückung der Hromada, nach der Kampagne der polnischen bürgerlichen Presse ging die faschistische Regierung Polens zu aktiven Maßnahmen über. Es begannen die Verfolgungen und Verhaftungen einzelner Funktionäre der Hromada. Der Verbreitung der Hromada-Presse und den Versammlungen ihrer Organisation wurden Hindernisse in den Weg gelegt. Nach und nach nahm das alles den Charakter systematischer Repressalien gegen die Hromada und alle ihre Mitglieder an. Es begannen die Ueberfälle der Faschisten auf Versammlungen und Kongresse der Hromada. Mit Stöcken und Revolvern bewaffnet, verwüsteten die Faschisten an verschiedenen Orten die Versammlungslokale und verprügelten die Teilnehmer an den Versammlungen. An diesen Ueberfällen hinderte die Polizei die Faschisten keineswegs; ihre Einmischung bestand lediglich in der Verhaftung von Hromada-Anhängern. Einer der herausforderndsten und abscheulichsten Ueberfälle erfolgte auf den Bezirkskongreß der Hromada in Stara-Beresä. In der Interpellation über diesen Ueberfall, die im Parlament eingereicht wurde, heißt es u. a.:

„Auf den 2. Dezember dieses Jahres war der Kongreß der Weißrussischen Bauern- und Arbeiter-Hromada des Bjelsker Bezirks angesagt worden. Der Kongreß wurde um 10 Uhr morgens im Dorfe Beresä, Orljansker Kreis, eröffnet und es wurden alle Instruktionen

eingehalten, die die Abhaltung öffentlicher Versammlungen in Sälen betreffen. Schon seit dem frühen Morgen bemerkten die Bauern des Ortes, daß sich von allen umliegenden Ortschaften her sowie auch aus der Richtung von Bjelsk Polizei zusammenzog, die Maschinengewehre mit sich führte. Alles in allem mögen es 200 berittene und unberittene Polizisten gewesen sein mit fünf Maschinengewehren.

Gleichzeitig mit der Polizei kamen auf Lastautos vom Gute Hainowka her, das im gleichen Kreis liegt, ungefähr dreißig Zivilisten, die niemand im Dorfe kannte und die auch den Kongreßteilnehmern völlig unbekannt waren. Sie liefen vor den Häusern herum und tranken Schnaps.

Um 11 Uhr wurde der Bezirkskongreß der Hromada im Hause des Jan Trzscotka eröffnet. Die Verhandlungen wurden von Paul Woloszin, Mitglied des Sejms, geleitet.

Auf diesem Kongreß waren auch Vertreter der Behörden anwesend, der Bezirkshauptmann der staatlichen Polizei und der Stellvertreter des Vorstehers des Bjelsker Bezirks.

Gleich nach Eröffnung des Kongresses war zu beobachten, daß er die ins Dorf gekommenen unbekannten Zivilisten instruierte, welche ständig versuchten, ins Haus einzudringen.

Als sie nicht hineingelassen wurden, begannen die unbekannten Zivilisten, heftig an die Tür zu klopfen. Als dies resultatlos verlief, schlugen sie bei allen Fenstern die Scheiben ein und warfen Steine, Gläser, Stöcke, Ziegelsteine usw. in den Saal hinein. Die Sitzung wurde daraufhin unterbrochen. Die Parlamentsmitglieder Woloszin und Miotla wandten sich an den zu dieser Zeit im Saale anwesenden Vertreter des Bezirksvorstehers und an den Bezirkshauptmann der Polizei mit der Bitte, auf der Straße die Ordnung wiederherzustellen.

Es ist einwandfrei festgestellt worden, daß in nächster Nähe des Hauses viele uniformierte Polizisten zugegen waren, die jedoch die provokatorische Tätigkeit der Rowdys nicht nur nicht störten, sondern ihnen im Gegenteil mithalfen und selbst mit ihren Säbeln und Gewehrkolben die Scheiben einschlugen und ebenfalls Stöcke und Steine in den Saal warfen. All dies wurde in der vom Abgeordneten Sobolewski am 7. November dieses Jahres durchgeführten Untersuchung festgestellt und von allen Einwohnern des Dorfes bestätigt.

Die Polizisten drangen durch die Küche in die inneren Räume des Hauses ein, stiegen durch die zertrümmerten Fenster in den Saal ein und begannen nun, mit Gewehrkolben auf sämtliche Anwesenden einzuschlagen. Die Polizisten schlugen alle Anwesenden bis aufs Blut, zerschlugen ihnen die Köpfe, brachen einigen die Arme, schleppten andere auf die Straße hinaus, wo sie von neuem in die Hände der Polizei und der mit ihnen angekommenen unbekannten Leute fielen, die wiederum auf sie einschlugen und alsdann in die Felder jagten.

Der ganze Boden und die Wände der Wohnung waren mit dem Blute unschuldiger Menschen bedeckt. Sämtliche an dem Kongreß beteiligten Mitglieder der Hromada erlitten schwere oder leichte Verwundungen.

Einige der unbekannten Leute, die bei diesen Vorgängen in der Nähe des Hauses standen, stürzten sich mit den Polizisten zusammen auf die Abgeordneten Miotla und Woloszin, schlugen sie aufs schwerste und brachten ihnen Wunden am Kopf und an den Armen bei." (Aus der Interpellation über die Staro-Beresowa-Angelegenheit, Seite 446.)

Diese Zerstörungen und Ueberfälle anlässlich der Veranstaltung von Versammlungen der Hromada waren zweifellos nicht nur Repressalien, sondern bezweckten auch, die weißrussischen werktätigen Massen zu bewaffneten Verteidigungsaktionen zu provozieren, um diese alsdann in einem Meer von Blut ertränken zu können. Doch die Hromada warnte die Massen vor einer bewaffneten Aktion, die ihren Feinden so willkommen gewesen wäre.

Schließlich schritt die Regierung am 15. Januar 1927 zur völligen Unterdrückung der Hromada. Ohne Wahrung irgendwelcher gesetzlicher Formalitäten wurden vier Parlamentsabgeordnete der Hromada und verschiedene andere Führer verhaftet. Alle Akten des Zentralkomitees der Hromada wurden beschlagnahmt, die Weißrussische Bank wurde geschlossen und ihr Direktor verhaftet. Dies widerfuhr auch einer ganzen Reihe von Leitern kultureller und genossenschaftlicher Organisationen. In der Provinz wurden hunderte Hromada-Mitglieder verhaftet und Tausende von Haussuchungen vorgenommen.

Die bürgerliche Presse unterließ es natürlich nicht, die Mitteilungen über die Verhaftung der weißrussischen Abgeordneten mit einer ganzen Menge lügenhafter und provokatorischer Erfindungen zu versehen. Bald darauf mußte jedoch eine Reihe der „pikantesten“ Berichte widerrufen werden, denn zwei Abgeordnete, Taraszkewicz und Woloczyn, waren nachts in ihren Wohnungen verhaftet worden, und Rak-Michajlowski auf der Bahn. Miottla wurde in seinem Heimatdorf verhaftet, Holowacz, als er daheim im Dorf seine Kuh molk. Und bei der Untersuchung Taraszkewicz wurden keine 15 000 Dollar gefunden, wie die offizielle Presse geschrieben hatte, sondern nur einige Dutzend Zlotys. Doch die Behörden erklärten trotzdem, daß die Verhaftung „in flagranti“ vorgenommen worden und deshalb die Verfassung keineswegs verletzt worden sei. Das Schlafen im Bett und das Kuhmelken nennen also die Regenten Polens „in flagranti erwischte“.

Nach der Verhaftung der Abgeordneten der Hromada wurde ihre Auslieferung an das Gericht im Sejm besprochen. Der Referent der Kommission, Dobrzanski, wies, indem er die Auslieferung verlangte, auf die Beziehung dieser Abgeordneten zur Komintern und auf ihre Spionagetätigkeit hin. Er sagte u. a.: „Die ‚Gurteks‘ haben Waffen und verbreiten das Gerücht, daß zu Ostern die Revolution ausbrechen werde. . . . Die Mitglieder der Hromada haben gelernt, Polizisten zu beseitigen usw.“ Derartige Erfindungen und widersinnige Beschuldigungen mußten im Sejm zum besten gegeben werden, um die Verhaftung der weißrussischen Abgeordneten zu rechtfertigen.

Eine Reihe von Abgeordneten, die nicht die geringsten Sympathien für die Hromada hegten, und sogar ihre Gegner waren gezwungen, die Grundlosigkeit der Forderung der Staatsanwaltschaft auf Auslieferung der Abgeordneten anzuerkennen. Doch die bürgerliche Mehrheit des Sejm lieferte die Abgeordneten aus und sanktionierte deren Verhaftung aus Furcht vor dem Wachsen der nationalen Frei-

heitsbewegung in West-Weißrußland, aus Furcht, in der Hromada ein Hindernis für den Krieg, der gegen die Sowjetunion vorbereitet wird, anzutreffen.

Die Verhaftung der Abgeordneten der Hromada rief eine bis dahin noch nie dagewesene Welle von Massendemonstrationen hervor. Ganze Dörfer gingen auf die Straße und protestierten gegen die Verhaftung der Führer der nationalen Freiheitsbewegung. Sogar in den entferntesten Winkeln des weißrussischen Gebietes wurden Resolutionen angenommen, in denen die Befreiung der verhafteten Hromada-Mitglieder und Abgeordneten verlangt wurde. In Slonim, Ruzany, Kossow und einer Reihe anderer Orte schlossen sich die Bauern der ganzen umliegenden Bezirke den Protestdemonstrationen an.

Die Demonstranten wurden durch die Polizei und die faschistischen Organisationen auseinandergetrieben. Es wurde gegen sie mit Waffengewalt vorgegangen. In Kossow wurden zehn Demonstranten von der Polizei getötet oder schwer verwundet. Sogar außerhalb der Grenzen West-Weißrußlands folgte eine Welle des Protestes gegen die Unterdrückung der Hromada und der nationalen Freiheitsbewegung der weißrussischen Volksmassen. In Warschau, Lodz, in den Städten der Weißrussischen Sozialistischen Sowjetrepublik, in Deutschland, Litauen, Lettland, Tschechoslowakei, Frankreich, in Kanada und anderen Ländern fanden Demonstrationen und Meetings statt. Eine Reihe weißrussischer Gelehrter der Weißrussischen Sozialistischen Sowjetrepublik und wissenschaftlicher Organisationen nahm Protest-resolutionen an.

Der ersten Welle des Terrors folgte bald die zweite. Die Regierung löste die Hromada auf; in allen Orten begann die „Liquidierung“ ihrer Organisationen. Die Polizei versiegelte die Gebäude der „Gurteks“ und Komitees der Hromada, nahm alle Materialien an sich und verhaftete neuerdings eine Reihe Mitglieder und Funktionäre der Hromada. Doch weder der Terror, noch die Tätigkeit der Kompromißler, noch die berüchtigte „Liquidierung“ konnten den Einfluß der Hromada eindämmen und ihre Ideen verbreiteten sich in den Massen trotz alledem. Bei den Wahlen in die Organe der Selbstverwaltung der zu West-Weißrußland gehörenden Wojewodschaften Wilna erhielten die „offenen und versteckten“ Anhänger der Hromada laut Mitteilung der offiziellen Presse die Mehrheit der Stimmen, und es stellte sich heraus, daß in den Selbstverwaltungsbehörden über 50 Prozent der Gewählten Mitglieder, Anhänger oder Sympathisierende der Hromada waren. Diese Lebenskraft der Hromada und ihr Einfluß in den Massen — trotz des außerordentlich scharfen Terrors — sprechen davon, daß die Losungen, die die Hromada auf ihre Fahne geschrieben hatte, die Losungen und Ideen der Werktätigen West-Weißrußlands waren. Die Unterdrückung der Hromada wird die weißrussischen Massen nicht vom Wege abbringen, auf den sie die Erfahrungen des harten Kampfes und ertragenen Joches geführt haben.

Druck: „Peuvag“, Papler-Er-
zeugungs- u. Verwertungs-A.-G.,
Abteil. Friedrichstadt-Druckerei
Berlin C 25, Kl. Alexanderstr. 28
